

. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) WR-Gebiete (§ 4 BauNVO)

Von den gemäss § 3 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen

Nr. 1 Läden und nicht störende Handwerksbetnebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, sowie kleine Betriebe des Nr. 2 Anlagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des

Gebietes dienende Anlagen für kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche

Eckgrundstücken ist die Verkehrsfläche massgebend, zu der die Traufseite des

2. Mass der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Höhe der baulichen Anlagen 2.1 Bezugspunkt für die Ermittlung von Traufhöhen und EG-Fussbodenhöhen ist die mittlere Höhe der Oberkante der Verkehrsfläche, an die das Grundstück grenzt. 6.2 Massgebend ist die ausgebaute, ansonsten die geplante Strassenhöhe. Bei

Hauptbaukörpers gerichtet ist. 2.2 Eine Taufhöhe von maximal 6,00 m ist für alle Bereiche des Bebauungsplanes verbindlich. In den Gebieten mit vorgeschriebener, eingeschossiger Bebauung dürfen die Baukörper eine Traufhöhe von 4,50 m nicht überschreiten. Als raufhöhe ist die Schnittlinie der Aussenflächen von Aussenwand und Dach im

Sinne von § 6 Abs. 4 BauONW zu verstehen.

- 2.3 Das Erdaeschossfussbodenniveau (OKR) darf maximal 0.50 m über der mittleren
- 3. Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche (§ 22 BauNVO)
- Giebelständige Baukörper dürfen in ihrer Breite 8,00 m nicht überschreiten. Garagen und Stellplätze (§ 12 BauNVO)
- 4.1 Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und auf den hierfür besonders ausgewiesenen Flächen zulässig.
- 4.2 Vor geschlossenen Garagen ist im Bereich der Zufahrt ein Mindestabstand von 8. 5,00 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten.
- Verkehrsflächen
- 5.1 Die Lage der öffentlichen Parkplätze (Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung) innerhalb der Strassenverkehrsfläche kann vom grafisch eingetragenen Standort abweichen, wenn dies durch andere Grundstückszuschnitte, die Lage von Garagenzufahrten oder aus entwässerungstechnischen, bzw. verkehrstechnischen Gründen erforderlich wird (s.a. Abschnitt 6.2 - Begrünung 9. innerhalb der Verkehrsfläche).
- 5.2 Zur Unterhaltung des vorhandenen Mischwasserkanals entlang des Gillbaches ist ein Wartungsweg aus Schotterrasen anzulegen, der dem Verlauf des Kanals folgt. Der Wartungsweg muss über der Kanaltrasse liegen, um eine problemlose Erreichbarkeit der Revisionsöffnungen zu gewährleisten.

Öffentliche Grünflächen / Fläche für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Auf dem festgesetzten Standort für die Anpflanzung eines Gehölzstreifens ist eine dreireihige, geschlossene, dornentragende Hecke anzupflanzen. Die Pflanzung ist mit Arten der Pflanzenliste 1 und den dort angegebenen Prozentanteilen im 1,00 m x 1,00 m Raster vorzunehmen. Der Abstand der Hecke zum Zaun beträgt 1,00 m.

Alle übrigen Gehölze und hochstämmigen Bäume im Bereich des Landschaftsschutzgebietes müssen standortgerecht (Auenlandschaft) sein. Denkbare Arten sind den Pflanzlisten Nr. 2 (Baumarten als Hochstämme) und 3 (Gehölze) zu entnehmen. Die weitere Gestaltung der Fläche ist mit dem Landrat des Kreises Bodenaustausch denkbar.

Die Lage des Muldenzuges kann von der grafisch fixierten Lage abweichen, wenn dies durch abwassertechnische Gründe erforderlich wird. Die Länge des Muldenzuges ist nicht als verbindlich anzusehen. Die Dimensionierung des Muldenzuges hat in Abstimmung mit dem Erftverband zu erfolgen.

Begrünung innerhalb der Verkehrsfläche

Auf den festgesetzten Standorten in den Verkehrsflächen sind Einzelbäume aus der Pflanzenliste Nr. 4 zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Einzelbaumpflanzungen sind gegen Stammschäden durch Baumbügel, Poller, Holzpfähle oder ähnliches zu schützen, sofern kein Hochbordstein vorhanden ist. Jede Baumpflanzung ist durch eine fachgerechte Anbindung zu sichern.

Die Darstellung der Baumpflanzungen im Strassenraum, d.h. die tatsächliche Lage eines Einzelbaumes kann von der grafisch eingetragenen Lage abweichen, wenn dies durch andere Grundstückszuschnitte, die Lage von Garagenzufahrten oder aus entwässerungstechnischen, bzw. verkehrstechnischen Gründen erforderlich wird (s.a. Abschnitt 5 - Verkehrsflächen).

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht Die mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche wird zur Aufnahme von Leitungstrassen der Versorgungsträger und zugunsten der Gemeinde Rommerskirchen bestimmt. Aus Wartungsgründen ist dem Versorgungsträger auch ein Geh- und Fahrrecht auf dieser Fläche einzuräumen. Die gekennzeichnete Fläche darf nicht baulich genutzt werden, Baum- und Strauchpflanzungen sind nicht

Die Abgrenzung der gillbachseitigen Grundstücke zum Landschaftsschutzgebiet ist durch einen mindestens 1,20 m hohen, dauerhaften Metall- oder Maschendrahtzaun sicherzustellen. Der Zaun darf keine Öffnungen aufweisen und soll die Betretbarkeit des Landschaftsschutzgebietes von den privaten Grundstücksflächen aus unterbinden. Stützmauern sind in diesem Bereich nicht

Die Eingangsfussbodenhöhe sowie alle darunter liegenden Öffnungen, wie Lichtschächte, Kellerabgänge, etc. sind über das Mass des Wasserspiegels im Billbach bei einem einhundertjährigen Ereignis (Hochwasser) zu legen. Im Planungsbereich liegt diese Höhe bei 68,10 m ü NN.

Abgrabungen, Kellerlichtschächte u. ä. deren Oberkante unter diesem Mass liegen

Eine dezentrale Versickerung des Niederschlagswasser auf den Grundstücken ist aufgrund der ungünstigen Bodenverhältnisse nicht möglich. Aus diesem Grund soll das anfallende Niederschlagswasser der privaten Flächen über ein Kanalsystem

> eingeleitet werden (Anschlusszwang). Eine wasserdurchlässige Ausführung von Strassen oder Stellplätzen ist problematisch, da es aufgrund der geringen Durchlässigkeit zu einem 4.3 Wassereinstau und damit zu Frostschäden kommen kann. Eine wasserdurchlässige Ausführung dieser Flächen ist nur nach einer Verbesserung des Unterbaus durch

(Trennprinzip) mit nachgeschalteter Regenrückhaltung (Muldenzug) in den Gillbach

Bei kleineren und gering belasteten Flächen (wie Terrassen, Zuwegungen usw.) kann das Schadenspotential bei einer Entwässerung "über die Schulter" bzw. einer wasserdurchlässigen Befestigung als gering angesehen werden. Dabei muss eine kurzzeitige Vernässung in den angrenzenden Flächen bzw. eine Staunässebildung

Der Hochwasserabfluss des Gillbaches wird innerhalb des Plangebietes nicht

ausuferungsfrei abgeführt. Nach Auskunft des Erft-Verbandes liegt der Wasserspiegel im Planungsbereich bei einem extremen Hochwasser (einhundertjähriges Ereignis) bei 68,10 m ü NN (ind. eines Freibordes von 0,50 m). Somit ist es möglich, dass Gartenflächen in Anspruch genommen werden.

Altlastenverdachtsflächen und Bodeneigenschaften Nach Aussage des Kreises bzw. der Bodengutachter liegen keine Daten über eine Bodenbelastung bzw. Altlastenverdachtsflächen vor. Das Gutachten kann bei der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.

3.2 Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Kampfmittel im Boden vorhanden sind. Aus diesem Grunde sind Erdarbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Erdarbeit

Vor Durchführung evtl. erforderlicher grösserer Bohrungen (z.B. Pfahlgründung) sind Probebohrungen (70 - max. 120 mm Durchmesser) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff oder Nichtmetallrohren zu versehen sind. Danach sind diese Probebohrungen mit ferromagnetischen Sonden zu Überprüfen. Sämtliche Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzufahren. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Wiederstand gestossen wird. In diesem Falle ist umgehend der Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen

.3 Ein Teil des Plangebietes weisst humose Böden auf. Diese Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäss wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmässigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können. In dem grafisch markierten Bereich ("Umgrenzung der Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äussere Einwirkungen erforderlich sind") sind die Bauvorschriften der DIN 1054 "Zulässige Belastung des

Baugrundes" und der DIN 18 196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für

bautechnische Zwecke" sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes

Die Bepflanzungen dürfen eventuelle Pflegearbeiten des Bachlaufes bzw. des Muldenzuges (Regenrückhaltung) nicht behindern. Der unmittelbare Muldenbereich

nach Einstellen der Sümpfungsmassnahmen gerechnet werden.

kann folglich als naturnah und schützenswert bezeichnet werden.

09.05.2000 ergeben, sind besonders zu beachten.

Archāologische Bodenfunde

Der belebte Oberboden ist vor Beginn der Baumassnahmen unter Einhaltung der

wiederzuverwenden. Baubedingte Verdichtungen sind nach Beendigung der

Die Belange des Bodenschutzes, die sich aus dem Bundes-Bodenschutzgesetz

Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

atürlichen Lagerung und Ausbildung der Bodenhorizonte auszugehen. Der Boden Die Pflanzenlisten sind als Anlage den Festsetzungen des Bebauungsplanes beigefügt. Sie sind Bestandteil des Bebauungsplanes, dabei sind die Listen den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen zugeordnet.

Hundsrose (Rosa cannina) 40% Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und -befunde ist die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege (Aussenstelle Overath, Gut Eichtal, an der B 484, 51491 Overath, Tel.

02206/80039, Fax 02206/80517) unverzüglich zu informieren. Bodendenkmd und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen

Hainbuche Silberweide

Der Grundwasserstand im Bereich des Bebauungsplanes ist derzeit in Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau auf etwa 58,00 m ü. NN abgesenkt. Vor Beginn der Sümpfungsmassnahmen lag der Grundwasserstand bei 61,00 m ü. NN. Langfristig muss mit einem entsprechenden Anstieg des Grundwassers erst Gemeiner Schneeball

Aus entwässerungstechnischen Gründen liegt die geplante Strasse stellenweise bis zu 1,00 m über dem derzeitigen Gelände. Einzelheiten hierzu sind dem Strassenausbauplan zu entnehmen. Hinweis zu Bepflanzung und Pflegemassnahmen

> Kleinkronige Baumarten als Hochstämme (Stammumfang in 1 m Höhe: 18-20 cm, mit Ballen) Sorbus aucuparia Mehlbeere

DIN 18915 sicherzustellen und für die Anlage der späteren Vegetationsflächen Pflanzenliste <u>Hedkensträucher</u> (dornentragend) (Sträucher 2 x verpflanzt, Höhe: 80-100 cm bzw. 100-150 cm)

(BbodSchG) vom 17.03.1998, der Bundes-Bodenschutzverordnung (BBodSchV) vom 12.07.1999 und des Landesbodenschutzgesetzes (LbodSchG) vom

2 x verpflanzt, Stammumfang in 1 m Höhe: 18-20 cm, mit Ballen (Grösse ok & oder 100-

raubeneiche lm Bereich des Bebauungsplanes beginnt It. Baugrundgutachten in ca. 0,40 m Tiefe unter Geländeoberfläche eine Schicht aus Löss / Lösslehm, die bis in ca. 6,00 m unter Geländeoberfläche reicht. Der Löss / Lösslehm weist eine mittlere, aber relativ rasch wechselnde Tragfähigkeit auf (s. auch unter "Altlastenverdachtsflächen und Bodeneigenschaften", Punkt 3.3).

(Sträucher 2 x verpflanzt, Höhe: 60-100 cm)

Roter Hartriegel Ohrweide Grauweide

Sorbus aria Acer campestre Hainbuche Carpinus betulus Crataegus laevigata "Paul Scarlett"

Art der baulichen Nutzung

Reine Wohngebiete

Mass der baulichen Nutzung

Festsetzungen:

Zulässige Dachneigung der Hauptbaukörper

Grundflächenzahl (Beispiel) Geschossflächenzahl (Beispiel)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

Verkehrsflächen

Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (Parken im Strassenraum, Standort verschieblich, s. textliche Festsetzungen)

Grünflächen / Bepflanzungen

Öffentliche Grünflächen Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Entwicklung von Natur und Landschaft Umgrenzung von Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft Anpflanzung eines Strassenbaumes

(Standort verschieblich, Details s. textliche Festsetzungen) Anpflanzung eines Gehölzstreifens (Geschlossene, dornentragende Hecke, Details s. textliche Festsetzungen)

Umgrenzung von Schutzgebieten im Sinne des Naturschutzrechts (Neue Grenze des Landschaftsschutzgebietes)

Sonstige Planzeichen Umgrenzung von Flächen für öffentliche Stellplätze (Standort verschieblich, Details s. textliche Festsetzungen) Umgrenzung von Flächen für Garagen und Stellplätze auf den

privaten Grundstücksflächen Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Versorgungsträgers und der Gemeinde Rommerskirchen Umgrenzung der Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äussere Einwirkungen erforderlich sind (s. textl. Fests.)

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Bisherige Grenze des Landschaftsschutzgebietes (nachrichtliche Übernahme) Parzellierungsvorschlag

Details s. textliche Festsetzungen)

(nicht verbindlich) Zaun (Höhe mindestens 1,2 m über Geländeoberkante, kein Durchgang, Details s. textliche Festsetzungen) Muldenzug - Regenrückhaltung (Lage und Ausdehnung veränderbar,

Vorhandener Mischwasserkanal (nachrichtliche Übernahme)

Zeichenerklärung der Katastergrundlage Flurgrenze

Flurstücksgrenze Grenze der Grundstücke

⊗G ⊖w

Zahl der Vollgeschosse

Pultdach Flachdach

Verfahrensvermerke

1. Aufstellungsbeschluss

Der Planungsausschuss der Gemeinde Rommerskirchen hat am .0.7.0.9...2000 gemäss § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen. Dieser Beschluss wurde am 2000.2000. ortsübligt pekanntgemacht.

(Bürgermeister)

2. Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Über die Ziele und Zwecke dieser Planung sind die Bürger gemäss § 3 Abs. 1 BauGB nach ortsüblicher Bekanntmachung am 11.10...2000... in der Zeit vom 18.10...2000... bis 17.11...2000... unterrichtet worden. Dabei wurde ihnen Gelegenheit zur Äusserung und Erörterung gegeben.

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäss § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 18.1000...

3. Öffentliche Auslegung

Der Rat der Gemeinde Rommerskirchen hat in seiner Sitzung am 14.12.2000.... den Entwurf des Bebauungsplanes sowie die Entwurfsbegründung beschlossen und die öffentliche Auslegung gemäss § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort- und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 18.04.2001... ortsüblich

Der Entwurf des Bebauungsplanes und die dazugehörige Begründungen haben gemäss § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 26.04.2001... bis zum 28.05.2001. einschliesslich, öffentlich ausgelegen Die Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden über die öffentliche Auslegung mit Schreiben vom .30.04.2001

4. Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rommerskirchen hat nach Prüfung der fristgerecht vorgebrachten Anregungen gemäss § 3 Abs. 2 BauGB in der Sitzung am 22.06.2001... den Bebauungsplan sowie die Begründung als Entscheidungsbegründung gemäss § 10 Abs. 1 Bands besc

(Bürgermeister)

5. Inkrafttreten

Gemäss § 10 Abs. 3 BauGB ist dieser Bebauungsplan mit der Begründung am .05.07.2001 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan inkraftgetreten.

Der Bebauungsplan ist mit der Begründung im Planungsamt der Gemeinde Rommerskirchen in den üblichen Besuchszeiten oder auf Vereinbarung einzusehen Rommerskirchen, den .95.07.2001

Plangrundlage

Es wird bescheinigt, dass die Darstellung mit dem amtlichen Kataster und dem gegenwärtigen Zustand des Plangebietes übereinstimmt und die Festlegung der städtebaulichen Planung geodätisch eindeutig ist.

kischer den 04 07. 2001

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB)
I.d.F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. I S. 2141), berichtigt BGBI. I

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke nutzungsverordnung - BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. II S. 132), geändert durch das Einigungsvertragsgesetz vom 23.09.1990 (BGBl. II S. 885 und durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I. S. 466)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBI I. 1991 S. 58)

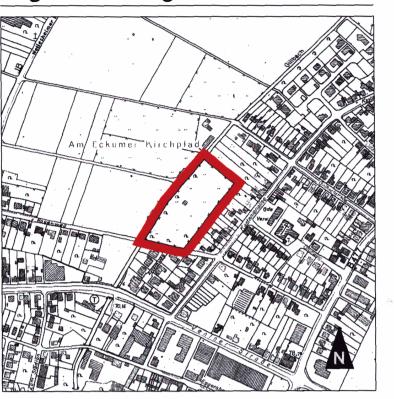
Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256, zuletzt geändert am 9.5.2000, GV NRW S. 439)

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.03.87 (BGBI I. S. 889), geändert am 12.02.1990 (BGBI I. S. 205), 22.04.1993 (BGBI I. S. 466), 6.08.1993 (BGBI I. S. 1458), am 27.05.1997 (BGBI II. S. 1054), 18.08.1997 (BGBI I. S. 2081), 30.04.1998 (BGBI I. S. 823) und am 26.08.1998 (BGBI I. S. 2481).

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW)

I. d. F. der Bekannmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666 / SGV NW S. 2023) zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.3.2000 (GV NW S. 245).

Lage des Plangebietes



Entwurfsplanung

M 1:500

Planungsgruppe Prof. H. Ulrich / Dipl. Ing. H. Jetel Kalverbenden 8 52066 Aachen Tel.: 0241 / 63232 Fax.: 0241 / 67830

Gemeinde Rommerskirchen 1. Ausfertigung Bebauungsplan Nr. 22 "Rosenweg"